

Antrag

der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wolfgang Roth, Hermann Bachmaier, Angelika Barbe, Holger Bartsch, Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck (Uetersen), Dr. Ulrich Böhme (Unna), Arne Börnsen (Ritterhude), Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Hans Büttner (Ingolstadt), Anke Fuchs (Köln), Dr. Fritz Gautier, Lothar Ibrügger, Horst Jaunich, Volker Jung (Düsseldorf), Klaus Kirschner, Walter Kolbow, Volkmar Kretkowski, Dr. Elke Leonhard-Schmid, Albrecht Müller (Pleisweiler), Christian Müller (Zittau), Herbert Meißner, Adolf Ostertag, Albert Pfuhl, Peter W. Reuschenbach, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ernst Schwanhold, Dr. Dietrich Sperling, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Günter Verheugen, Wolfgang Weiermann, Barbara Weiler, Jochen Welt, Helmut Wieczorek (Duisburg), Dr. Norbert Wieczorek, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Arbeitsplätze in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie sichern, ihren Strukturwandel aktiv begleiten und unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie hat seit den 60er Jahren einen tiefgreifenden Strukturwandel bewältigt. Dabei gingen Hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren. Durch Anpassung an veränderte Wettbewerbsbedingungen und durch Umstellung auf rationelle, moderne Produktionsverfahren, durch Spezialisierung auf modische und qualitativ hochwertige Produkte konnte gleichwohl die Textil- und Bekleidungsindustrie mit ihrer gut ausgebildeten und qualifizierten Arbeitnehmerschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ohne staatliche Hilfen bisher sichern.
- Die mit annähernd 3 600 selbständigen Unternehmen mittelständisch strukturierte Textil- und Bekleidungsindustrie ist für die Beschäftigungslage in wichtigen Regionen Nordrhein-Westfalens, Baden-Württembergs, Sachsens und Bayerns von großer Bedeutung. Mit etwa 250 000 Arbeitsplätzen für Frauen, was einem Anteil von 50 % der Beschäftigten in der Textilindustrie und 80 % der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie entspricht, stellen diese Wirtschaftsbereiche überdurchschnittlich viele Frauenarbeitsplätze zur Verfügung.

- Durch Versäumnisse der Bundesregierung und der EG-Kommission, durch weltweite Wettbewerbsverzerrungen, zunehmende Quotenüberschreitungen und illegale Einfuhren in die EG ist die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie akut in ihrer Existenz gefährdet mit der Folge, daß zahlreiche mittelständische Unternehmen und Tausende von Arbeitsplätzen bedroht sind.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Dialog mit der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie, den Gewerkschaften und den Regionen die notwendigen Maßnahmen zu erarbeiten, um den Strukturwandel in diesen Wirtschaftsbereichen zu begleiten, Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern, regionale Standortentwicklungskonzepte aufzustellen und weltweiten Wettbewerbsverzerrungen entgegenzutreten. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören insbesondere:

- das Verlängern des 4. Welttextil-Abkommens bis zum Abschluß der Uruguay-Runde im Rahmen der GATT-Verhandlungen sowie das Ergänzen des Abkommens um soziale und umweltbezogene Standards, wie sie auch in der Europäischen Gemeinschaft gelten,
- die Abwehr von Quotenüberschreitungen in der Europäischen Gemeinschaft und das konsequente Bekämpfen von Umgehungseinfuhren,
- das Einrichten wirksamer Mechanismen zur Kontrolle der Einfuhrquoten nach dem Übergang auf die europäischen Binnenmarktregelungen,
- wirksamere Regelungen im Rahmen der Uruguay-Runde insbesondere zur Öffnung der Märkte der Lieferländer, zur wirksameren Anwendung der Anti-Dumping-Regelungen und zum Musterschutz,
- das Fördern von Kooperationen und Investitionen in den Ländern Osteuropas und der GUS unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Einfuhren von Textilien und Bekleidungs-erzeugnissen; weitere Ausweitungen der Lieferquoten müssen von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abhängig gemacht werden,
- die Erneuerung der überlebensfähigen Kerne der ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie mit marktkonformen Instrumenten, insbesondere individuellen Hilfen zur Selbsthilfe und beim Absatz der Produkte,
- das Verhindern wettbewerbsverzerrender Beihilfen innerhalb der EG unter Anwendung des Beihilfeverbots nach dem Vorbild des Chemiefaserkodex für Sektoren mit europaweiten Lieferkapazitäten,
- die Entwicklung eines Programms auf EG-Ebene für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an Standorten, die durch den Strukturwandel in der Textil- und Bekleidungsindustrie in besonderem Maße betroffen sind (Retex-Programm),

- die verbesserte Förderung von Innovationen und neuen Technologien, insbesondere im Hinblick auf umweltschonende Produktionsverfahren sowie gesundheitsfreundliche Produkte und in mittelständischen Unternehmen,
- wirksame Maßnahmen im Sinne eines gesundheitlich-umweltbezogenen Verbraucherschutzes bei Textilien und Bekleidung, zur Einführung von Kennzeichnungspflichten durch Ausweitung von Gütesiegelregelungen sowie zur Förderung von umweltschonenden Einsatzstoffen und Produktionsverfahren.

Bonn, den 12. Mai 1993

Dr. Uwe Jens
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wolfgang Roth
Hermann Bachmaier
Angelika Barbe
Holger Bartsch
Hans Berger
Hans Gottfried Bernrath
Lieselott Blunck (Uetersen)
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Arne Börnsen (Ritterhude)
Ursula Burchardt
Hans Martin Bury
Hans Büttner (Ingolstadt)
Anke Fuchs (Köln)
Dr. Fritz Gautier
Lothar Ibrügger
Horst Jaunich
Volker Jung (Düsseldorf)
Klaus Kirschner
Walter Kolbow
Volkmar Kretkowski

Dr. Elke Leonhard-Schmid
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Christian Müller (Zittau)
Herbert Meißner
Adolf Ostertag
Albert Pfuhl
Peter W. Reuschenbach
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ernst Schwanhold
Dr. Dietrich Sperling
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Günter Verheugen
Wolfgang Weiermann
Barbara Weiler
Jochen Welt
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Dr. Norbert Wieczorek
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Seit den 60er Jahren macht die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie einen tiefgreifenden Strukturanpassungsprozeß durch. In kaum einem anderen Bereich der deutschen Wirtschaft sind durch Strukturanpassung so viele Arbeitsplätze abgebaut worden, wie in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Trotzdem hat die Textil- und Bekleidungsindustrie diesen Strukturwandel aus eigener Kraft und ohne staatliche Subventionen bewältigt.

Auch im vereinigten Deutschland hängen direkt und indirekt Hunderttausende von Arbeitsplätzen von der Textil- und Bekleidungsindustrie ab. In den neuen Bundesländern hat sich in diesem Wirtschaftsbereich durch den abrupten Wegbruch der Absatzmärkte in Deutschland sowie auch im Ausland, durch regionale Konzentration der Textilindustrie und durch zusätzliche Lieferungen aus Ländern Osteuropas ein besonders dramatischer Anpassungsprozeß vollzogen.

Die Unternehmen und die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie sind bereit, sich auch künftig den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs und den Herausforderungen des Strukturwandels zu stellen. Faire Wettbewerbsbedingungen, gleiche Marktzutrittschancen, ein von Verzerrungen und Subventionen freier Wettbewerb sowie die Aufnahme sozialer und umweltbezogener Standards in die internationalen Handelsabkommen sind jedoch dafür die Voraussetzungen.

Diese Voraussetzungen sind durch entsprechende Regelungen im GATT oder im Rahmen eines neuen Welttextil-Abkommens herzustellen. Darüber hinaus muß der Strukturwandel in der Textil- und Bekleidungsindustrie durch besondere Maßnahmen im Rahmen der Regionalpolitik sowie durch Qualifizierung und Fortbildung gefördert werden.